

## „Diesmal trifft es auch die Mittelschicht. Voll“

Stand: 07.08.2022 | Lesedauer: 11 Minuten

Von **Nikolaus Doll, Dirk Banse, Uwe Müller, Karsten Seibel**



Quelle: Getty Images/Caroline Purser; Montage: Infografik WELT



Rasant steigende Kosten für Energie und Lebensmittel, womöglich neue Corona-Einschränkungen und politische Radikalisierung: Die Deutschen erwarten ein Winter der Krisen und Entbehrungen. Die Gefahr einer sozialen Krise wächst – und mit ihr die Unruhe in der gereizten Gesellschaft.

✓ on der Kunden- zur Protestgruppe ist es zurzeit nur ein kleiner Schritt. Beim Bund der Energieverbraucher tummeln sich Leute, die die Preise als Interessenvertreter beobachten, aber man sammelt dort auch lange Listen mit Protestgruppen: von den „Oldenbürgern gegen Gaspreiserhöhungen“, über „Gaspreise-runter-owl“ in Paderborn bis zur Bürgerinitiative Gaspreisenkung aus dem schwäbischen Bietigheim-Bissingen. Da braut sich etwas zusammen.

Kaum ein Tag vergeht ohne Nachrichten zu steigenden Energiepreisen

([/wirtschaft/video240284689/Unbekannter-Kostenblock-Auf-Gasumlage-koennte-Mehrwertsteuer-erhoben-werden.html](#)) und absehbarer Knappheit. Das trifft auf eine gereizte Gesellschaft. Auf Menschen, die müde sind von Corona-Einschränkungen und nun auf den dritten Pandemiewinter zusteuern, in dem mit alten Konzepten neuen Virusvarianten getrotzt werden soll. Die obendrein erleben, wie ihr Geld bei einer Inflation von 7,5 Prozent schnell weniger wert wird. Da sind Unternehmer vor der Pleite und Angestellte, die Kurzarbeit und Jobverlust fürchten, weil hohe Energiepreise und Maßnahmen zur Corona-Eindämmung für die Wirtschaft toxisch sind.

„Bisherige Krisen wie die Euro-, die Finanz- oder die Flüchtlingskrise haben keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Alltag der Deutschen gehabt“, sagt Stephan Thomae, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP im Bundestag. „Das ist im Fall von Corona und den steigenden Energiepreisen anders. Hier ist die Krise in fast jedem deutschen Wohnzimmer angekommen.“

Das macht die Lage derzeit so brisant. „Diesmal trifft es auch die Mittelschicht. Voll. Und wenn Menschen sich ihren bisherigen Lebensstandard nicht mehr leisten können, schlägt das schnell in Aggression um“, meint Andreas Roßkopf, Chef der Abteilung Bundespolizei bei der Gewerkschaft GdP. „Da gehen dann Leute auf die Straße, lassen sich mitreißen und überschreiten Grenzen, die sie sonst nie antasten würden.“

Deutschland hat zehn Jahre Boom und Wohlstandsmehrung für viele hinter sich. „Krisensituationen wie derzeit sind dagegen häufig auch mit Wohlstandsverlusten verbunden“, stellt Thorsten Frei (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer der Union, klar. Wie groß die derzeit sind, hat Joachim Ragnitz vom Ifo-Institut für WELT AM SONNTAG überschlagen. „Über Jahre waren die durchschnittlich realen verfügbaren Einkommen gestiegen. Der Trend hielt bis 2020. Im Jahr danach lag der Kaufkraftverlust gegenüber dem Vorjahr bei 221 Euro, 2022 bei 265 Euro.“ Damit habe jeder Einwohner im Schnitt gegenüber dem Jahr 2020 einen Kaufkraftverlust von 486 Euro hinzunehmen: „Die preisbereinigten verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen liegen damit ungefähr wieder auf dem Niveau des Jahres 2017.“

## **„Das kann im Herbst kritisch werden“, sagt der CDU-Abgeordnete**

Das drückt die Stimmung. „Unsere Gesellschaft steht unter Stress, weil derzeit so viele Krisen aufeinandertreffen. Jeden belastet etwas anderes, das macht die Bevölkerung insgesamt anfälliger für Einflussnahmen und Manipulationen“, erklärt Irene Mihalic, Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen. „Wir sehen, dass sich die Extremisten zunutze machen wollen, und wir haben gesehen, dass sich das Protestgeschehen schon in der Vergangenheit, während der Corona-Demos, radikaliert hat“, meint die ausgebildete Polizeibeamtin. CDU-Innenexperte Alexander Throm sagt zur weiteren Entwicklung: „Das kann im Herbst kritisch werden.“

Die Sicherheitsbehörden sind sich darüber im Klaren. „Es ist zu erwarten, dass es im Herbst, wenn erneut verstärkt Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ergriffen werden müssen, das Protestgeschehen zunimmt“, prognostiziert der Leiter des Verfassungsschutzes Berlin, Michael Fischer. „Neben Corona könnten weitere Themen aufgegriffen werden, zum Beispiel Krieg in der Ukraine, Inflation, Energiekrise.“ SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich fordert, die Sicherheitsbehörden müssten die Entwicklung „ganz genau im Blick behalten“, warnt aber vor überzogenen Reaktionen: „Bei Einschränkungen das richtige Maß zu finden, wird eine Gratwanderung bleiben.“

Es lohnt sich ein genauerer Blick darauf, was die kommenden Monate für die Politik so brisant macht:

## Bürger geraten in Not

Schon jetzt sind die Preise für Energie ([/wirtschaft/plus240262859/Gaspreise-Preisschock-fuer-Kunden-ist-da-was-auf-deutsche-Verbraucher-zukommt.html](#)), aber auch für Lebensmittel und Wohnen deutlich gestiegen. Der wahre Preishammer kommt auf viele Bürger aber erst noch zu. Der Kölner Energieversorger RheinEnergie teilte seinen Kunden bereits mit, dass sie ab dem 1. Oktober pro Kilowattstunde (kWh) 18,30 Cent zahlen, statt wie bisher 7,87 Cent – mehr als 100 Prozent mehr. Bei den Stadtwerken Konstanz steigt der Preis im Tarif „SeeEnergie ErdgasBasis“ ab September sogar um 150 Prozent.

Im Durchschnitt aller bislang bekannten Preiserhöhungen muss ein Kunde mit einem Jahresverbrauch von 10.000 kWh laut Vergleichsplattform Verivox knapp 1000 Euro zusätzlich zahlen. Hinzu kommen ab Oktober mehrere Hundert Euro für die staatliche Gasumlage, die zwischen 1,5 und fünf Cent pro kWh liegen soll.

Je nach Größe der Wohnung fallen allein für Gas ab Herbst schnell 100 bis 200 Euro mehr im Monat an. Das ist für Menschen mit hohem Einkommen ärgerlich, aber verkraftbar. Wer aber schon jetzt am Monatsende nichts sparen kann, wird sich zusätzlich einschränken müssen. Strom, Gas, Heizöl und Nahrungsmittel fallen bei Haushalten mit geringem Einkommen besonders ins Gewicht, gehören diese Produkte doch zum Grundbedarf.

Das zeigt auch eine Rechnung der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung: 8,5 Prozent betrug im Juni die Inflationsrate bei Familien mit geringem Einkommen (2000 bis 2600 Euro netto), 6,3 Prozent bei Alleinlebenden mit hohem Einkommen (mehr als 5000 Euro netto). Über alle Haushalte hinweg waren es im Juni 7,6 Prozent.

Zum Monatswechsel wird die Rate für alle sprunghaft steigen: Wenn Tankrabatt und 9-Euro-Ticket enden. Laut Institut der deutschen Wirtschaft hätte der Preisindex ohne staatliche Eingriffe im Juni bereits gut zwei Prozentpunkte über dem festgestellten Niveau gelegen.

## Wirtschaft rutscht in Stagflation ab

Es ist eine Situation, vor der Ökonomen warnen: Wenn die Wirtschaft aufhört zu wachsen, die Preise aber kräftig steigen. So wie im zweiten Quartal in Deutschland. Die Rede ist dann von einer Stagflation, einer Wortkombination aus Stagnation und Inflation

[\(/finanzen/plus240174879/Inflation-Leichter-Rueckgang-doch-der-wahre-Schock-kommt-erst-](#)

noch.html). Böse Erinnerungen an die 1970er-Jahre werden wach, als der Ölpreis in die Höhe schoss, Unternehmen ihre höheren Produktionskosten an die Verbraucher weitergaben, die Nachfrage sank: Weniger Waren wurden verkauft, was viele Menschen ihren Job kostete.

Tückisch an der Stagflation ist, dass sowohl Politik als auch Notenbank kaum dagegen vorgehen können. Die Politik kann die Wirtschaft nicht einfach mit Staatsaufträgen und Staatsausgaben stützen – da sie durch die zusätzliche Nachfrage die Preise weiter treiben würde. Die Notenbank kann die Zinsen im Kampf gegen die Inflation nicht bedenkenlos erhöhen, da sich dann auch die Kredite für Unternehmen und Verbraucher verteuern, was wiederum eine Wirtschaftserholung verhindert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat sich zuletzt dennoch dafür ausgesprochen, die Zinsen jetzt schnell und weltweit zu erhöhen.

„Die restriktivere Geldpolitik kostet Wirtschaftswachstum, aber jede Verzögerung würde die Not nur verschärfen“, sagt IWF-Chefanalyst Pierre-Olivier Gourinchas. Offen ist, ob die deutsche Wirtschaft in den kommenden Monaten nur stagniert oder sogar schrumpft. „Mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung wäre zu rechnen, wenn es tatsächlich zu einer Gasrationierung in der Industrie kommen sollte“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung für Makroökonomik am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle. In anhaltend gestörten Lieferketten, den Corona-Lockdowns in China ([/politik/ausland/plus238836697/Ewiger-Lockdown-China-steckt-in-der-Zero-Covid-Falle.html](#)) und einer insgesamt schwächeren Weltwirtschaft sieht er weitere Risiken. Seine Hoffnung ist eine „Beruhigung an der Inflationsfront“. Dafür müsse den Notenbanken der Balanceakt gelingen, die Preise ohne größere Rezession einzufangen.

Ein wichtiger Unterschied zur Stagflationsphase der 1970er-Jahre macht zumindest Hoffnung: Bislang gibt es keine Anzeichen für Entlassungswellen bei Unternehmen – im Gegenteil, in vielen Branchen werden auch in diesen Tagen Arbeitskräfte gesucht.

## Pandemie-Regeln kehren zurück

Der Kreis Heinsberg war am Freitag Spitze. Das Robert-Koch-Institut meldete für Deutschlands westlichsten Kreis eine Sieben-Tage-Inzidenz von 1144,8 – bundesweit lag sie bei 432,2. Heinsberg war schon zu Beginn der Pandemie Anfang 2020 Corona-Hotspot und bundesweit bekannt geworden. Die aktuellen Inzidenzmeldungen interessieren kaum noch jemanden, doch auf den Sommer des Verdrängens könnte ein Winter neuer Einschränkungen folgen.

Die Bundesregierung plant ein umfassendes Maßnahmenpaket, sollte sich Corona in der kühlen Jahreszeit erneut ausbreiten. Eine Neuaufage der Beschränkungen ([/debatte/kommentare/plus240285545/Infektionsschutzgesetz-Das-volle-Programm-das-ganze-](#)

Theater-noch-mal-von-vorne.html) könnten die Corona-Proteste wieder aufflammen lassen. Der Entwurf für das nachgebesserte Infektionsschutzgesetz zieht bereits massive Kritik auf sich, noch bevor er den Bundestag passiert hat. Das dürfte all jenen, die Auflagen grundsätzlich ablehnen, Auftrieb geben.

Das Konzept der Ampel-Koalition sieht vor, dass Passagiere im Flug- und Fernverkehr der Bahn bundesweit weiterhin eine FFP2-Maske tragen müssen. Außerdem ist eine Masken- und Testpflicht in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen vorgesehen. Die Länder sollen eine Maskenpflicht im Nahverkehr, in öffentlich zugänglichen Innenräumen und ab den fünften Klassen in Schulen verhängen können sowie Tests in Schulen, Kitas und anderen Einrichtungen vorschreiben dürfen. Falls nötig, sollen die Länder eine Maskenpflicht für Restaurants, Abstandsgebote, verpflichtende Hygienekonzepte und Personenobergrenzen bei Veranstaltungen erlassen.

Politiker aller Couleur kritisieren nun, dass mit regional unterschiedlichen Maßnahmen ein „Flickenteppich“ entstehe, viele Regelungen seien zudem vage. Virologe Hendrik Streeck warnt vor einem „Überbietungswettbewerb“ der Länder beim Corona-Schutz. Und die Jenaer Staatsrechtlerin Anna Leisner-Egensperger nennt Punkte wie die geplante Kontrollpflicht von Impfnachweisen durch Freizeitveranstalter einen „schweren Grundrechtseingriff“. Viele Bürger dürften auch andere Einschränkungen derart einschätzen.

## **Extremisten schüren die Wut**

Die Herrschenden hätten sich gegen das Volk verschworen – mit diesem Narrativ wollen die „Freien Sachsen“ ihre Klientel mobilisieren und die Wut in der Bevölkerung anheizen. Demzufolge sind Kanzler Olaf Scholz und sein Minister Robert Habeck gerade dabei, „Deutschland binnen kürzester Zeit zu deindustrialisieren“.

Das rot-grüne Duo habe „ohne Not“ eine Energiekrise herbeigeführt, obwohl das Land über Nord Stream 2 mit russischem Gas versorgt werden könne. Weil das aber aus „ideologischen Gründen“ unterbleibe, erlebe das Land nun „die verrücktesten Auswüchse des grünen Öko-Wahnsinns“: Klima-Lockdown, Tempolimits auf Autobahnen, rationierter Strom.

Die „Freien Sachsen“, eine rechtsextreme Kleinstpartei, waren bereits in letzter Zeit ungewöhnlich erfolgreich, als es darum ging, die Anti-Corona-Proteste auf die Straße zu bringen. Dabei verfügt die Gruppierung nicht einmal über nennenswerte Organisationsstrukturen. Wettgemacht wird dies durch das geschickte Spielen auf der Klaviatur der sozialen Medien.

Weil die Pandemie als Thema aber zunehmend an Zugkraft einbüßt, wird jetzt die Furcht vor der Energiekrise und Inflation geschürt. Sachsens Verfassungsschutzbehörde teilte WELT AM SONNTAG mit: „Es ist dabei das politische Kalkül der ‚Freien Sachsen‘, von den sozialen Abstiegsängsten der Bürger und dem, sozialen Sprengstoff“, der durch die rapide steigenden Lebenshaltungskosten hervorgerufen wird, zu profitieren.“

Andere Rechtsextremisten wie etwa die Splitterpartei „Der Dritte Weg“

(/politik/bundestagswahl/article233672728/Bundestagswahl-Keine-schuetzenswerte-Meinung-politischen-Gegner-haengen-zu-wollen.html) versuchten gegenwärtig ebenfalls, solche Themen „in den sozialen Medien aufzugreifen und für ihre verfassungsfeindliche Agenda zu instrumentalisieren“. Laut Bundesinnenministerium haben die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Thematik gezeigt, dass durch extremistische Akteure ein konkretes Gefahrenpotenzial heranwachsen kann, wenn dementsprechende gesellschaftliche Umstände dies begünstigen.

Die sächsischen Verfassungsschützer sagen jedoch, dass den Extremisten bislang kein Mobilisierungserfolg gelungen sei, der mit der Instrumentalisierung der Pandemie vergleichbar wäre. Das lässt hoffen. Sachsen ist ein Seismograf für den Erfolg radikaler Bewegungen in Deutschland.

## **Regierung arbeitet an Entlastungen**

Im September soll es zum Schwur der Ampel-Koalitionäre kommen: Dann will die Regierung das dritte Entlastungspaket auf den Weg bringen

(/debatte/kommentare/article239212343/Entlastungspaket-Auch-Rentner-und-Studenten-brauchen-Hilfe.html). An Vorstellungen, wie dieses Paket aussehen könnte, mangelt es bei SPD, Grünen und FDP nicht. Sie reichen von dauerhaften Heizkostenzuschüssen für Wohngeldempfänger und einer raschen Aufstockung der Grundsicherung über eine Ausweitung der Pendlerpauschale, mehr Kindergeld und einem sozialen Klimageld bis hin zu einem Einkommensteuertarif, der verhindert, dass Bürger mehr Steuern zahlen, obwohl sie sich wegen der Inflation weniger leisten können.

Hinzu kommen niedrigere Mehrwertsteuersätze auf Energie und Grundnahrungsmittel. Auch eine Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket ist in der Diskussion, genauso wie ein Kündigermoratorium für Mieter, wodurch verhindert werden soll, dass jemand ohne Wohnung dasteht, wenn er die höheren Rechnungen nicht begleichen kann.

Was die Koalition am Ende umsetzt, wird sich wohl erst wieder in einer Nachtsitzung entscheiden. Fasst man die bisherigen Wortmeldungen zusammen, gibt es die größte Schnittmenge darin, dass vor allem Haushalte mit geringem Einkommen vom Staat unterstützt werden sollen. Beim Institut der deutschen Wirtschaft geht man davon aus, dass rund jeder fünfte Haushalt im Herbst in ernste

finanzielle Probleme geraten könnte. Die anderen seien in der Lage, die höheren Preise selbst zu tragen.

Jeder Entlastungsvorschlag sollte, da sind sich die Ökonomen führender Forschungsinstitute einig, vor allem zwei Kriterien erfüllen: Er muss für den Staat finanziert sein und darf nicht zu stark in den Markt eingreifen. Gegen Preisnachlässe wie den Tankrabatt, der bald ausläuft, und den von Gewerkschaften geforderten Preisdeckel für Gas und Strom spricht, dass durch den staatlichen Preisnachlass der Anreiz für Verbraucher schwindet, Energie zu sparen.

Fest steht: Im September wird einmalig die Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro auf dem Lohnzettel stehen. Sie stammt noch aus dem zweiten Entlastungspaket. Doch die 300 Euro gibt es brutto, sie müssen noch versteuert werden. Laut Bund der Steuerzahler bleiben für einen Single mit einem Jahresgehalt von 72.000 Euro am Ende 181,80 Euro netto. Bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit 45.000 Euro Jahresgehalt sind es 216,33 Euro.

Für alle Berufstätigen könnte sich in den nächsten Monaten neben dem Staat eine weitere Entlastungsquelle auftun: der eigene Arbeitgeber. Das Bodenpersonal der Lufthansa erhält bis zu 19,2 Prozent mehr. Auch in anderen Betrieben ist zumindest ein Inflationsausgleich längst ein Thema.

***,„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music ([https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm\\_sh\\_DJg0sFabHwpV0f8wc9yZuPh8v](https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sFabHwpV0f8wc9yZuPh8v)) oder direkt per RSS-Feed.***

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240327243>